

## Gregor Gysi auf Beratung des Parteivorstandes der SED-PDS:

# Für friedliche, freundliche Zukunft der Deutschen in geeintem Europa

Wahlkampf wird für unser Land geführt / Schwerpunkt soziale Sicherheit

Berlin (ND). „Wir wollen eine souveräne DDR, in der sich die arbeitenden Menschen, Frauen und Männer, Jugendliche und Senioren, so einrichten, wie es ihren Vorstellungen entspricht. Dafür setzen wir uns ein.“ Das betonte der Vorsitzende der SED-PDS, Gregor Gysi, am Sonntagabend auf der Tagung des Parteivorstandes. Unser Bild von der Zukunft der Deutschen in einem geeintem Europa sei friedlich und freundlich. Die Militärblocke müssten aufgelöst werden.

Die SED-PDS führe den Wahlkampf für unser Land, betonte Gregor Gysi. „Wir wollen kein viertes Reich, das die NATO verstärkt, in dem auch wir mitbezahlen müssten für Jäger 90“ und andere Milliardenrüstungen vorhaben, das das europäische Gleichgewicht zerstört, das seine Nachbarn in Angst versetzt und sie zu Bündnissen gegen die Deutschen treiben könnte. Wir wollen keinen Beitrag zu Destabilisierung Europas oder zum Scheitern der Perestroika in anderen sozialistischen Ländern leisten...“

Die Partei wolle auch nicht, daß die Konzerne unsere Betriebe kassieren und daß die Werktätigen jede soziale Sicherheit verlieren; daß den Bauern und LPG Bodenreformland oder überhaupt Land wieder weggenommen wird oder daß sie durch die EG-Marktderegulierung um ihre Existenz kämpfen müssten. Die SED-PDS trete dafür ein, daß DDR-Bürgern, die in für westliche Eigentümer verwalteten Häusern wohnen, ihre Wohnungen nicht verlieren, daß sie ihren Garten auf einem sogenannten Westgrundstück nicht aufgeben müssen. Der Parteivorstand schlug ein Sicherheitsmodell für das Jahr 2000 vor, das bereits internationale Beachtung fand.

Zum Wahlkampf der SED-PDS und zur Vorbereitung des Wahlparteitages im März sprach Wolfgang Pohl, Stellvertreter des Parteivorsitzenden. Er informierte darüber, daß gegenwärtig noch 1,463 Millionen Frauen und Männer der Partei angehören. In der Beratung, die von Wolfgang Bergthofer, Stellvertreter des Parteivorsitzenden, geleitet wurde, äußerten 21 Genossinnen und Genossen ihre Gedanken in der Diskussion. Es wurde beschlossen, Monika Werner auf eigenen Wunsch von

ihrer Mitgliedschaft im Parteivorstand und Norbert Nowakowski von seinen Funktionen als Leiter der Kommission Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Sozialpolitik und Mitglied des Präsidiums zu entbinden. Prof. Dr. Klaus Steinitz wurde beauftragt, die Kommission aufzubauen und kommissarisch zu leiten.

Ausführlich Seiten 3 und 4

## Wahlparteitag wurde für März einberufen

In Vorbereitung der Wahl am 6. Mai wird für den 17. und 18. März 1990 ein Wahlparteitag nach Berlin einberufen. Das beschloß der Parteivorstand am vergangenen Sonntagabend. In seinen Grundorganisations-, auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene werden in den Monaten Januar, Februar bis 4. März 1990 Parteiwahlen durchgeführt. Siehe dazu Seite 4

## Vorgeschlagen: Sicherheitsmodell 2000

### Kann Europa abrüsten?

Diese Frage Friedrich Engels' war im vorigen Jahrhundert utopische Vision. Heute ist sie greifbare Realität. Der Tradition der Arbeiterbewegung folgend, tritt die SED-PDS dafür ein, daß die beiden deutschen Staaten im Zentrum Europas mit der Entmilitarisierung beginnen, in ihrer Vertragsgemeinschaft kooperative Sicherheitsstrukturen festlegen. Das beginnt mit der Denkungsart. Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Sicherheitspartnerschaft, nicht Abschreckung, sondern Vertrauen.

### Das wird konkret durch radikale Abrüstung.

Wer hindert die beiden deutschen Staaten, ihre Streitkräfte bis 1991 um 50 Prozent zu reduzieren? Wäre es nicht ein gegenseitiger Vertrauensbeweis, wenn beiderseits der Grenze eine entmilitarisierte Zone entstünde? Wenn es weder Tiefflüge noch Landungsschiffe und U-Boote in Depots, gehören nicht auf deutschen Boden. Übungs- und Sperrgebiete könnten Erholungszone für Menschen und Natur werden. Freiwerdende Mittel aus dem Verteidigungshaushalt der beiden deutschen Staaten wären einem gemeinsamen Fonds für ökologische Großvorhaben zuzuführen.

Wir sind keine Phantasten. Beide deutsche Staaten gehören zu unterschiedlichen Militärbündnissen. Stehende Heere der europäischen Staaten in einer Größenordnung von mehr als sechs Millionen Soldaten lassen sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Aber bis zum Jahre 2000 wäre es möglich, ihnen jegliche Angriffsfähigkeit zu nehmen.

### Für die Ausgestaltung der Vertragsgemeinschaft mit der BRD auf militärischem Gebiet schlägt die SED-PDS vor:

- Die Nationale Volksarmee und die Bundeswehr werden auf 50 Prozent ihres jetzigen Bestandes reduziert.
- Jegliche Modernisierung von Waffen und Kriegsgüter wird eingestellt.
- Die allgemeine Wehrpflicht wird in beiden Staaten auf 12 Monate festgelegt.
- Auf Anregung unseres außerordentlichen Parteitagess hat die Regierung der DDR der Volkskammer einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.
- Beiderseits der Grenzen in einer Entfernung von 50 bis 80 Kilometern werden keine Einheiten über Kompaniestärke kaserniert. Übungsplätze in diesem Gebiet werden liquidiert.
- Jegliche Tiefflügeübungen sind ab sofort untersagt.
- In der Ostsee unterhalten die beiden Staaten weder U-Boote noch Landungsschiffe.
- Die Rüstungsproduktion bzw. Rüstungskäufe werden entsprechend der Zielstellung erheblich reduziert. Waffenverkäufe werden außerhalb der jeweiligen Bündnisse verboten.
- Die Verbündeten werden aufgefordert, ihre Truppen auf den vollständigen Abzug schrittweise bis 1999 planmäßig vorzubereiten, beginnend in der Grenzzone. Tiefflüge ihrer Luftstreitkräfte sind einzustellen.
- Kernwaffen und chemische Waffen sind bis zum Jahre 1991 vom Territorium der BRD und der DDR abzuziehen.
- Die zivile Rehabilitation von Berufssoldaten wird planmäßig und großzügig ohne soziale Nachteile erfolgen. Ein pensionierter Soldat ist billiger als ein aktiver Soldat.

Ohne Abbau der militärischen Gegenschäft zwischen beiden deutschen Staaten ist jedes Wort über die Einheit der Nation unglaubwürdig.

## UdSSR hilft Rumänien bei demokratischer Erneuerung

Verzicht auf Lieferungen von Fleisch und Milchprodukten

Bukarest (ADN). Die politische, moralische und materielle Unterstützung der UdSSR für Rumänien hat UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse bei seinem offiziellen Besuch am Sonntagabend in Bukarest bekräftigt. In seinen Gesprächen mit dem Parteivorsitzenden der Front zur nationalen Rettung Rumäniens, Ion Iliescu, und Ministerpräsident Petre Roman unterstrich die Gastgeber, welche große Bedeutung eine reale Bewertung der Ereignisse in Rumänien seitens der UdSSR für das rumänische Volk habe. Schewardnadse sicherte Unterstützung durch die UdSSR bei der Überwindung des Erbes des totalitären Regimes sowie bei der Herausbildung demokratischer Machtstrukturen zu. Neben Vereinbarungen auf

wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet wurden in Bukarest weitere konkrete Absprachen getroffen. So werden Kulturzentren in beiden Hauptstädten errichtet. Über Erleichterungen im Reiseverkehr, insbesondere in den Grenzgebieten, wurde ebenfalls eine prinzipielle Übereinkunft erzielt. Die Sowjetunion wolle ihre Erdöl- und Erdgaslieferungen nach Rumänien beschleunigen, erklärte der UdSSR-Außenminister vor der internationalen Presse in Bukarest. Noch im Januar würden 390 000 Tonnen Erdöl sowie große Mengen Erdgas in das rumänische Netz eingespeist. Die bislang praktizierte Bezahlung mit Fleisch und Milchprodukten werde eingestellt.

## BRD-Außenminister Genscher:

# Atomraketen keine Antwort auf die Reformen in Osteuropa

Bündnisse in Verbund kollektiver Sicherheit überführen

Stuttgart (ADN). Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher warnte am Wochenende auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart: „Wer aus dem Freiheitswillen der Deutschen in der DDR Strategien für Landtagswahlkämpfe oder für den Bundestagswahlkampf entwickeln will, der schadet den Menschen dort, und er wird ein böses Erwachen hier erleben.“ Zur Frage einer deutschen Einheit erklärte er u. a.: „Was immer die Deutschen in der DDR entscheiden werden über ihre innere Ordnung, über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und über die deutsche Zukunft, wir werden es respektieren.“

streckenraketen für die Mitte dieses Jahrzehnts anschaffen will, die gerichtet sind auf die Deutschen in der DDR, die eine neue Demokratie aufbauen, die gerichtet sind auf das Polen Lech Walesa, auf das Prag des Friedenspreisträgers Vaclav Havel und auf das Ungarn der Reformen.“ Das könne und dürfe nicht die Antwort der BRD auf die Demokratisierung Mittel- und Osteuropas sein.

Der FDP-Politiker schlug vor, die beiden Bündnisysteme nach der Schaffung kooperativer Sicherheitsstrukturen in einen Verbund gemeinsamer, kollektiver Sicherheit zu überführen.

In einem Interview für Radio Luxemburg setzte sich Genscher für eine zweite Gipfelkonferenz der Regierungschefs im Rahmen des KSZE-Prozesses, wie sie bereits von Gorbatshow und Mitterrand befürwortet wurde, ein.

## Standpunkt

### Gespensisch

Braucht die SED-PDS den Neozismus? Diese absurd anmutende Frage hat die „Neue Zeit“, Tageszeitung der CDU, am Wochenende so beantwortet: „Man kann es ruhig sagen und gießt kein Öl in das Feuer des beginnenden Wahlkampfes: Die SED-PDS würde faschistische und neozistische Gespenster erfinden, wenn es sie nicht gäbe!“ In dem Blatt wird auch gefragt, wem die Provokationen neozistischer Kräfte dienen. Die Antwort: „Zwangsläufig drängen sich Erinnerungen an die Reichstagsbrand-Provokation auf...“ Die Besudelung sowjetischer Ehrenmale als Wahlkampfhilfe für SED-PDS? Gar von ihr selbst organisiert? Oder was meint der Autor mit seiner ungeheuerlichen Andeutung?

Daß in Sachen Neozismus neben Abweglung und Ignoranz jetzt auch durch überbelte Verleumdung ein über Parteilust stehender Konsens hintertrieben wird, läßt Schlimmes befürchten. Wer dadurch letztendlich wirklich weiter an Boden gewinnt, liegt auf der Hand. Und eine „Argumentation“, die die faschistische Gefahr als Gespenst darstellt, von dem man sehr schnell merken wird, daß es real so nicht existiert“, die gab's doch wohl schon mal!

Profilierungsversuche, welcher Partei auch immer, durch Diffamierung des politischen Gegners werfen übrigens immer auch die Frage auf, welches Vertrauen diese Partei eigentlich in die Ausstrahlungskraft ihrer eigenen Wahlplattform, ihres eigenen Programms setzt...

Ingolf Bossenz

## NATO-Vertreter:

# Vorschlag aus Berlin wird geprüft

Brüssel (ADN). Die NATO-Partner müßten den Vorschlag der SED-PDS zur 50prozentigen Reduzierung der Streitkräfte beider deutscher Staaten bis 1991 ernst eingehend prüfen, bevor eine offizielle Stellungnahme erfolgen könne. Das erklärten Vertreter des westlichen Militärbündnisses am Sonntagabend in Brüssel zu dem von der SED-PDS unterbreiteten „Sicherheitsmodell 2000“, das Bestandteil einer Vertragsgemeinschaft zwischen der DDR und der BRD sein soll. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, daß jegliche Truppenreduzierungen in Europa nur im Rahmen der Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung erfolgen könnten. Die meisten der 18 NATO-Mitglieder, hieß es in Brüssel weiter, machten sich bereits jetzt Gedanken über Schritte, die über das jetzt in Wien Erreichbare zur Rüstungskontrolle hinausgehen. Dazu gehöre auch die BRD.

# Kriminalität in der CSSR nimmt nach Amnestie stark zu

Weisung Havels an Innenminister

Prag (ADN). CSSR-Präsident Vaclav Havel hat am Wochenende den Innenminister des Landes angewiesen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Bevölkerung vor Gruppen von amnestierten Häftlingen zu schützen, die die öffentliche Ordnung, Gesundheit und Leben der Bürger sowie gesellschaftliches und privates Eigentum bedrohen. Im Gefolge der politischen Umwälzungen, deren Wirren durch soziale Elemente ausgenutzt wurden, und seit dem Inkrafttreten der von neuen Staatsberatern verkündeten Amnestie am Neujahrstag ist die Kriminalität in der Tschechoslowakei enorm angewachsen.

In Nordböhmen, wo der Chef der Bezirksverwaltung des Korps der öffentlichen Sicherheit am Freitag Selbstmord beging, stieg beispielsweise die Zahl der Verbrechen und Vergehen innerhalb eines Monats auf das Doppelte.

## Lindenberg begann DDR-Tournee



Udo Lindenberg im Konzert  
Telefoto: ND/Eckstein

Suhl (ADN). Mit den Worten „Hallo DDR, daß wir auf der Bühne stehen, haben die Leute auf der Straße klargemacht“, begrüßte Udo Lindenberg am Sonntagabend seine Fans in der Stadthalle Suhl zum Auftakt seiner ersten DDR-Tournee. Bei dem zweistündigen Rockspektakel überschüttete die mehr als 3200 Zuschauer in der BRD und DDR gleichermaßen beliebten Rockstar aus Hamburg und sein neuformiertes Panik-Orchester mit Ovationen. Für seine DDR-Anhänger hatte er ein Programm mit Titeln der gerade auf dem Markt erschienenen LP „Bunte Republik Deutschland“ ausgewählt.

Die neue und alte Version vom „Sonderzug nach Pankow“, sein wohl größter Hit, nunmehr ein Zeitdokument, lösten stürmischen Beifall aus. Mit dem aktuellen Song „Vom Opfer zum Täter“ wendet er sich auf seine Weise gegen Neofaschismus, Rassismus und Gewalt. Stationen seiner Tournee sind weiterhin Leipzig, Erfurt, Schwerin, Rostock und Magdeburg.

## Schatrow-Stück in szenischer Lesung

Berlin (ND). Michail Schatrows „Dalsche... dalsche... dalsche!“ wurde am Sonntag in Anwesenheit des Autors in einer Matineeveranstaltung der Berliner Volksbühne vorgestellt. Die szenische Lesung des fast zwei Jahre lang in der DDR de facto verbotenen Stücks zum Thema Stalinismus ist ein Gemeinschaftsprojekt aller Berliner Schauspieltheater. Regie führte Christoph Schroth. Der Aufführung schloß sich eine Rede Diskussion mit Zuschauern an.

# Rettung Leipzigs — Anliegen der 1. Volksbaukonferenz

Runden Tisch zu Fragen der Stadtentwicklung angeregt

Leipzig (ND). Leipzig zu retten — dieses gemeinsame Ziel bestimmte am Wochenende die teilweise kontrovers geführten Diskussionen auf der 1. Volksbaukonferenz, in deren Verlauf rund 1000 Interessenten in der agra-Halle 5 über die Erhaltung Leipzigs als Kultur- und Lebensraum berieten. Den Initiatoren dieser Baukonferenz — die Bezirksleitungen des Kulturbundes, des Verbandes der Bildenden Künstler und des Bundes der Architekten — ging es um eine radikale Abkehr von der verfehlten Baupolitik der vergangenen Jahrzehnte. Bürger- und Stadtpolitik müsse künftig die Baupolitik bestimmen, erklärte Prof. Dr. Peter Heldt, Vorsitzender der Bezirksleitung des Kulturbundes.

Zwar wurden in der Messestadt seit 1971 über 77 500 Wohnungen neugebaut, doch 126 000 Wohnungen — 49 Prozent des Gesamtbestandes — befinden sich in einem schlechten Bauzustand. Von Leipzig könnten Impulse für die Erneuerung des Bauwesens

im Lande ausgehen, erklärte in der Diskussion Prof. Dr. Gerhard Baumgärtel, Minister für Bauwesen und Wohnungswirtschaft. Er plädierte für die Bildung eines speziellen Runden Tisches in Leipzig zu Fragen der Stadtentwicklung. Der Minister wurde mehrfach durch Unmutsäußerungen unterbrochen, weil nach Meinung von Teilnehmern klare konzeptionelle Aussagen fehlten.

Neben kurzfristig bewilligten zusätzlichen Ausrüstungsinvestitionen in Höhe von 23 Millionen Mark wurde der Einsatz polnischer Baukapazitäten im Umfang von jährlich 150 bis 200 Millionen Mark vertraglich vereinbart. Das Spektrum der Diskussion reichte von einem sofortigen Abrüstungsstopp und der Stilllegung von Tagebauen, die durch Grundwasserabsenkung den Leipziger Baugrund gefährden, über Reformen der Baupreise, des Steuerrechts und die Einführung denkender Mieten bis zur Instandsetzung von Kirchenbauten.

## Schiffahrtslinie eröffnet

Wismar (ADN). Zur ersten Fahrt auf der neuen Schiffahrtslinie von Wismar nach Neustadt in Holstein wurde am Sonntagmorgen das Kommando „Leinen los!“ gegeben. Jeweils sonntags haben nun Passagiere aus der DDR und der BRD Gelegenheit zu Tagesreisen in die benachbarten Hafenstädte. Die erste der zweieinhalbstündigen Überfahrten beginnt stets um 7.00 Uhr in

Wismar. BRD-Bürger legen dann um 10.30 Uhr in Neustadt ab. Die Rückfahrten erfolgen in den Nachmittags- und Abendstunden. Zum Einsatz kommt das Passagierschiff „Mommarm“, das 600 Fahrgästen Platz bietet. Die neue Linie, von der Bäderreederei Heiligenhafen e. V. im Zusammenwirken mit der Schiffsmakerei Wismar eröffnet, soll zunächst bis Ende Februar getestet werden.

## Manfred Stolpe:

# Modrow nicht die Beine weghauen

Vom Ende des Runden Tisches hätte auch die Opposition nichts

Bonn (ADN). Die Opposition in der BRD und in der DDR ist vom stellvertretenden Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, nachdrücklich aufgefordert worden, die Lage nüchtern zu analysieren und mit ihren Forderungen nicht das nächste Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Hans Modrow zu gefährden. „Man darf Modrow nicht die Beine weghauen. Das schadet nicht nur den Menschen in der DDR — es schadet vor allem der Deutschlandpolitik“, erklärte Stolpe in einem Interview in der Montagausgabe des „Hamburger Abendblattes“.

Nach Auffassung Manfred Stolpes spielt sich derzeit in Deutschland ein miteinander verzerrter doppelter Wahlkampf ab. „Da wird nicht nur der Streit der Bonner Parteien auf dem Rücken der DDR ausgetragen, auch die Nervosität unserer jungen DDR-Parteien schlägt auf das Verhalten der Bonner Politiker zurück.“ Offenbar gerade die Oppositionsparteien in Bonn hätten große Sorge, daß die Kohl-Regierung durch einen sachlich-effektiven Umgang mit Ministerpräsident Modrow gestärkt werden könnte.

Auf dem Wege zu voller Chancengleichheit für die Opposition erwartet Stolpe vom Runden Tisch an diesem Montag, wie er sagte, neue wichtige Verabredungen mit der Regierung. Vom Ende des Runden Tisches hätte auch die Opposition nichts.

## Demo gegen Terror und Neofaschismus



Rund 15 000 Menschen demonstrieren am Sonntagvormittag in Neubrandenburg gegen Terror und Neofaschismus sowie für eine souveräne DDR. Zu der Kundgebung hatte die SED-PDS aufgerufen. Telefoto: ZB/Bartocha

# Festliche Matinee zum 100. Geburtstag Tscholysks

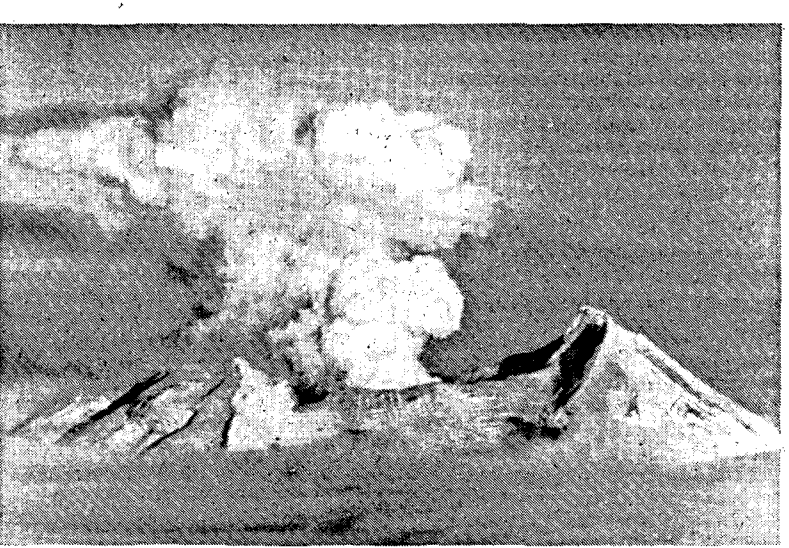
Berlin (ADN). Mit der festlichen Matinee „Heute zwischen Gestern und Morgen“ wurde am Sonntag, dem 100. Geburtstag Kurt Tscholysks, im Deutschen Theater Berlin an den zeitkritischen Publizisten, Lyriker und Erzähler erinnert. Gäste der Veranstaltung auf Einladung des Ministerrates der DDR waren unter anderem DDR-Kulturminister Dr. Dietmar Keller, der Oberbürgermeister Berlins, Erhard Krack, und der Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Walter Momper sowie Vertreter der Kurt-Tscholysky-Gesellschaft e. V. und die letzte Gefährtin des Schriftstellers in Schweden, Frau Gertrude Meier-Prenzlaw.

„Ein Deutscher, ein Jude, ein Schriftsteller, ein Journalist, ein linker Intellektueller“ sei Kurt Tscholysky gewesen, „Zeit seines Lebens beschimpft und mißbraucht“, sagte der Schriftsteller Christoph Hein in seiner Ansprache. Verse, Glossen, Briefe und andere Textauszüge, vorgetragen von Dagmar Manzel, Dieter Mann, Ulrich Mühe und Klaus Plontek erinnerten an Tscholysks vielseitiges Werk. Im Foyer des Hauses wurde eine kleine Ausstellung unter dem Titel, „... rein menschlich ein menschlicher Mensch...“ eröffnet, die bis zum 30. Januar Arbeiten bildender Künstler zu Tscholysky zeigt.

## USA-Kriegsschiffe mit Kurs auf Kolumbien

Washington (ADN). Der USA-Flugzeugträger „John F. Kennedy“ und der Lenkkraketenkreuzer „Virginia“ haben ihren Stützpunkt Norfolk in Virginia verlassen und Kurs auf die karibischen Gewässer vor Kolumbien genommen. Pentagon-Sprecher Chris Cimko war lediglich bereit, Routinemanöver im Atlantik zu bestätigen. Offiziell wurde es als eine Aktion gegen die Rauschgiftkartelle dargestellt. In Lateinamerika löste das Vorgehen des Pentagon Besorgnis aus, zumal das Einsatzgebiet des Flottenverbands in unmittelbarer Nähe der Hoheitsgewässer Nikaraguas liegt. Kolumbien bezeichnete die Präsenz von USA-Kriegsschiffen in seinen Gewässern als „unwillkommen“. Das Szenarium für die Operation sieht auch die Einbeziehung Perus und Boliviens vor.

## Nach 25 Jahren wieder ein „Vulkan des Schreckens“



Der „Vulkan des Schreckens“, südwestlich von Anchorage auf Alaska, schneifte 25 Jahre lang friedlich vor sich hin. Jetzt wurde er mit riesigen Lavaausbrüchen wieder aktiv. Telefoto: ZB/AP

## Der Sport meldet

# Schnelle DDR-Rodler auf Oberhofer Bahn

Thoma (BRD) gewann Vierschanzentournee / Weißflög 3.

RENNSCHLITTEN: Bei den Weltcupwettbewerben in Oberhof, an denen Fahrer aus 12 Ländern teilnahmen, gab es in den drei Wettbewerben nur DDR-Erfolge: Bei den Männern gewann René Friedl vor Georg Hackl (BRD) und Olympiasieger Jens Müller (DDR). Gabriele Kohlsch siegte vor ihrer Mannschaftskameradin Dana Riedel. Die Doppelsitzer Hoffmann/Pietzsch, Mangel/Rudolph und Raßmann/Petzold (alle DDR) belegten Plätze 1 bis 3. SKISPRINGEN: Dieter Thoma (BRD) sprang sich zum Abschluß der Vierschanzentournee in Bischofshofen mit einem 2. Platz in der Tageswertung noch auf Rang 1 der Gesamt-

wertung vor. Frantisek Jez (CSSR) belegte Rang 2 vor Jens Weißflög. VOLLEYBALL: Das Bremer Länderturnier gewannen die UdSSR-Frauen, die im Finale mit 3:1 die kubanische Mannschaft bezwangen. Das hochdramatische Spiel um den dritten Platz entschied die DDR gegen die BRD mit 3:2. NOK: Auf der Mitgliederversammlung des NOK der DDR gaben Manfred Ewald und Rudi Hellmann ihren Rücktritt als Präsident bzw. Vizepräsident bekannt. Als amtierender Präsident wurden Dr. Günther Heinze, als Vizepräsident Prof. Dr. Georg Zorowka bestätigt. Ausführlich auf Seiten 7 und 8

## Kurz berichtet

### 30 Polen EPLF-Geiseln?

Warschau/Addis Ababa. Im Roten Meer vor der Küste Äthiopiens ist ein polnischer Frachter vermutlich von der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) mit Raketen beschossen worden. Von der 30köpfigen Besatzung des ausgebrannten Frachters fehlt jede Spur. Angeblich soll sie in der Hand der Separatisten sein.

### Kontakte Ungarn-Israel

Jerusalem. Der ungarische Außenminister Gyula Horn traf zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Israel ein.

### Aylwin formell Präsident

Santiago. Der chilenische Christdemokrat Patricio Aylwin ist formell Präsident des Landes. Das Wahlgerecht erklärte der Einheitskandidat der Opposition zum unumstrittenen Wahlsieger.